

16.9.70 = Luder, Clerc, Wipfli

GESCHAFTSPRUEFUNGSKOMMISSION
 DES STAENDERATES
 Sektion Politisches Departement

Bericht über die Inspektion vom 24. August 1970

- A. Beziehungen mit Algerien
- B. Abteilung für Politische Angelegenheiten, Politischer Dienst West
- C. Frage der ausserparlamentarischen Kommissionen
- D. Rechtsstellung des Delegierten für technische Zusammenarbeit
- E. Informations- und Pressedienst

Anwesend: HH. Ständeräte Luder (Präs.), Clerc und Wipfli
 Die Vertreter des Departementes

A. Beziehungen zu Algerien

Anwesend vom Politischen Departement: HH. Botschafter Micheli,
 Botschafter Probst,
 Minister Gelzer,
 Fürsprecher Jaccard.

Entsprechend dem Beschluss der Gesamtkommission befasst sich die Sektion allein mit diesem Problem. Botschafter Probst orientiert in einem umfassenden Bericht über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Algerien.

Im Vordergrund steht auf algerischer Seite nach wie vor das Problem der Khider-Millionen; es wäre wünschbar, dass es aus der Welt geschafft werden könnte. Vielleicht gelangen die Parteien im gegenwärtigen Schadenersatzprozess (Algerische Regierung gegen Banque commerciale arabe) zu einem entsprechenden Kompromiss. Das zweite Problem - Tätigkeit der algerischen Exil-Oppositionellen in der Schweiz - besteht zwar in algerischen Augen an sich weiter, ist aber heute weitgehend entschärft.

Schweizerischerseits bemüht man sich um die Erledigung der Nationalisierungsforderungen. Entsprechend einem Wunsch Minister Yakers ist diesem eine Dokumentation über rund 460 Schadenfälle infolge algerischer Massnahmen zugeleitet worden. Erreicht wurde konkret noch nichts. Aber wir stehen auch keiner absoluten Ablehnung mehr gegenüber. Kein anderer Staat hat bisher in diesem Punkt in Algerien irgend etwas erreicht. - Auch der Komplex "Ansprüche früherer Algerien-Schweizer aus Sozialversicherung" bedarf noch der Vertiefung, wobei weitgehende Rechtsunsicherheit in Algerien selbst stark verzögernd wirkt. - Die Haftentlassung der vier Schweizer erfolgte bereits im Jahre 1968, doch trat Algerien bis heute nicht auf die Note der Schweiz vom 11. März 1969 ein, in der Schadenersatz gefordert wurde. Das Politische Departement



- 2 -

erklärt, dass es die Sache unter keinen Umständen auf sich beruhen lassen werde. Nicht aus der Welt geschafft sind ferner die Störungen von Radio Beromünster. Die Schweiz hat bekanntlich zur Selbsthilfe gegriffen (vgl. auch Antwort des Bundesrates auf die Kleine Anfrage Marthaler vom 1. Dezember 1969).

Wenigstens auf dem wirtschaftlichen Gebiet ist eine Entkrampfung festzustellen. Bemerkenswert ist der Fortschritt auf dem Exportsektor (1969 34 Mio Fr.). Ausserdem konnten erste Kompensationsgeschäfte getätigt werden. Immer mehr schweizerische Ingenieurfirmen werden durch Algerien beansprucht. Schliesslich wäre Algerien daran interessiert, mit uns einen Investitionsschutzvertrag abzuschliessen.

Man muss sich bewusst sein, dass verschiedene Ereignisse (u.a. die Affäre Ben Bella, die Pressekonferenzen von Jean-Maurice Ruff, das Klotener Attentat, die Katastrophe von Würenlingen, das Buch Wilfrid Schlatters usw.) die Beziehungen und Flurbereinigungen nicht förderten. Es konnte nicht sinnvoll erscheinen, die Globalverhandlungen im Laufe der verflossenen Monate wieder aufzunehmen. Unsere Begehren werden aber von Botschafter Grandjean in Algier weiter verfolgt. Gleiches gilt für die Kontakte mit der algerischen Botschaft in Bern. Im Februar 1970 wurden die Probleme mit dem Generalsekretär des algerischen Handelsministeriums erneut durchbesprochen. Am 27. Mai 1970 konnten Botschafter Micheli und Botschafter Probst in der Schweiz Justizminister Bedjaoui die schweizerischen Begehren darlegen. Sie sind inzwischen im algerischen Ministerrat zur Sprache gekommen. Allerdings hat seither der Justizminister seinen Posten verloren. Noch diesen Herbst wird Fürsprecher Jaccard zu neuen Gesprächen nach Algerien entsandt.

Die Sektion ist der Auffassung, dass

- a) die Darlegungen von Botschafter Probst, ergänzt durch Botschafter Micheli und Fürsprecher Jaccard, die Probleme realistisch beleuchten und, angesichts der psychologischen Situation und der verschiedenen ausserhalb der Direktbeziehungen liegenden Ereignisse, der einzuschlagende Weg richtig erkannt wird.
- b) die da und dort geäusserten Vorwürfe gegen unsere Botschaft in Algier unbegründet sind.

B. Abteilung für Politische Angelegenheiten, Politischer Dienst West

Anwesend: HH. Botschafter Micheli
 Minister Gelzer
 Dr. Dietschi
 Jossen
 Grob

Die Sektion lässt sich über Organisation, Arbeitsablauf und Pflichtenhefte des Dienstes West vorerst grundsätzlich orientieren und besucht anschliessend den Chef des Länderdienstes Europa/

- 3 -

Nord- und Südamerika, sowie einige Sachbearbeiter. Der Eindruck ist gut. Obwohl die Büros der Sachbearbeiter in einem andern Gebäude untergebracht sind als diejenigen der Vorgesetzten, scheinen Zusammenarbeit und Kontakt nicht zu leiden. Erfreulich ist die Durchführung einer täglichen Kurzkonferenz des Chefs mit den beiden Leitern der Länderdienste.

C. Frage der ausserparlamentarischen Kommissionen

Anwesend: HH. Botschafter Micheli
 Fürsprecher Jaccard
 Dr. Riva

Grundlage der Aussprache bildet die Zusammenstellung des Politischen Departementes vom 30. April 1970 zur Frage 1 "Verzeichnis der ausserparlamentarischen Kommissionen". Die Sektion stellt - in Uebereinstimmung mit den Vertretern des Departementes - folgendes fest:

- a. Kommissionen 3 - 7: Das Politische Departement sieht einen Entwurf zu einem Bundesgesetz über derartige Entschädigungen vor. Es soll eine permanente Kommission geschaffen werden, die sich mit der Wiedergutmachung zu befassen hätte, wie dies auch in anderen Staaten der Fall ist.
- b. Kommission 8: Das Politische Departement wird prüfen, ob nicht auch Kommissionen anderer Departemente die gleichen Fragen behandeln wie die Kommission für Weltraumfragen.
- c. Kommission 10: Sie soll eventuell aufgehoben werden, weil die Unesco-Kommission ähnliche Probleme zu behandeln hat. Falls sie doch weiter bestehen bleibt, soll sie dem EDI unterstellt werden.
- d. Kommissionen 27 - 28: Die Grenzbereinigungskommissionen 27 und 28 könnten zusammengelegt werden. Frankreich zögert aber, diesen Schritt zu tun.

D. Rechtsstellung des Delegierten für technische Zusammenarbeit

Anwesend: Hr. Botschafter Marcuard

Die Sektion stellt fest, dass der Delegierte kein Sonderstatut aufweist. Der Name "Delegierter" sollte deshalb - wie in allen ähnlichen Fällen - gelegentlich ersetzt werden. Vorgesehen ist, angesichts der Bedeutung und des Arbeitsumfanges, eine eigentliche Abteilung für Entwicklungshilfe zu schaffen. Dann ist diese Frage ohnehin gelöst.

- 4 -

E. Informations- und Pressefragen

Anwesend: HH. Botschafter Marcuard
 Pressechef Erni

Botschafter Marcuard und Pressechef Erni orientieren über Arbeitsbereich und Organisation ihrer Pressedienste. Der Präsident der Sektion stattet anschliessend den Büros des Presse- und Informationsdienstes des Politischen Departementes einen Besuch ab.

Die Sektion stellt fest:

- a. Die besonderen Aufgaben und die zunehmende Bedeutung der Abteilung für technische Zusammenarbeit erfordern einen ausgebauten Informationsdienst. Deshalb ist die personelle Besetzung angemessen.
- b. Der gegenwärtig acht Personen umfassende Informations- und Pressedienst des Politischen Departementes ist - wie das Organigramm zeigt - gut organisiert. Vorbildlich sind der offensichtlich auch von oben geförderte Kontakt und das Recht zur Einsichtnahme in hängige Probleme. Der Pressechef bemüht sich, dauernd mit der Presse in Berührung zu bleiben. Da die Büroräume relativ zentral gelegen sind, scheint der Arbeitsablauf keine Schwierigkeiten zu bieten.

GESCHAFTSPRUEFUNGSKOMMISSION
 DES STAENDERATES
 Sektion Politisches Departement
 Der Präsident:

gez. U. Luder

*Vorgehen mehr Information
 über Interpretationsfragen*

*Aus Nordmann geklaut, mit
 welchem Privatmittel, Vertrag
 unter Teilzeitarbeit abge-
 schlossen werden sollte,*